

Medienmitteilung

Datum: 20.11.2025

Sperrfrist:

Ausbau des Areals Foribach Sarnen: Regierungsrat beantragt Kredit für Projektwettbewerb

Der Regierungsrat plant mehrere kantonale Verwaltungseinheiten auf dem Areal Foribach in Sarnen unterzubringen. Das bestehende Polizeigebäude ist sanierungsbedürftig. Für die Durchführung des Wettbewerbs beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Objektkredit von 845 000 Franken.

Die Immobilienstrategie sieht den Zusammenzug des Sicherheits- und Sozialdepartements, des Bau- und Raumentwicklungsdepartements, des Staatsarchivs sowie des Archivs der Kantonsbibliothek auf dem Areal Foribach in Sarnen vor. Ergänzend hat die Regierung beschlossen, auch die Lagerräumlichkeiten des Museums Obwalden in die Planung einzubeziehen.

Polizeigebäude entspricht heutigen Anforderungen nicht mehr

Das auf dem Areal Foribach befindliche Polizeigebäude mit Verkehrssicherheitszentrum (VSZ) wurde 1976 erstellt. Das Gebäude weist erhebliche Mängel auf und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Eine Zustandsanalyse aus dem Jahr 2007 zeigte bereits damals Defizite in den Bereichen Brandschutz, Erdbebensicherheit, Barrierefreiheit und Energieeffizienz auf. Seither wurden lediglich Instandhaltungs- und Nachrüstarbeiten vorgenommen. Trotz der im Jahr 2012 erfolgten Aufstockung besteht weiterhin Platzmangel, und die bestehende Gebäudestruktur beeinträchtigt zeitgemässe Betriebsabläufe.

Verkehrssicherheitszentrum soll verlegt werden

Machbarkeitsstudien haben ergeben, dass für den zukünftigen Raumbedarf des Verkehrssicherheitszentrums Obwalden/Nidwalden (VSZ OW/NW) in Sarnen zusätzliche Aussenflächen erforderlich sind. Eine Verlegung auf das derzeit unternutzte Werkhofareal erweist sich als zweckmässig. Für die künftige Nutzung des Areals ist vorgängig eine Anpassung der Erschliessung notwendig. Der dafür notwendige Kredit wurde durch den Kantonsrat bereits bewilligt.

Raumbedarf und Arbeitsplatzentwicklung für 245 Büroarbeitsplätze sind vorgesehen

Der für den Zusammenzug der Verwaltungseinheiten ermittelte Raumbedarf beträgt insgesamt rund 10 320 Quadratmeter Nutzfläche. Die Berechnungen erfolgten in Zusammenarbeit mit den betroffenen Departementen und berücksichtigen die prognostizierte Arbeitsplatzentwicklung bis 2040. Vorgesehen sind insgesamt 245 Büroarbeitsplätze. Durch Desksharing soll ein weiterer Anstieg der benötigten Arbeitsplätze abgefedert werden. Geplant sind überwiegend Mehrpersonenbüros; Einzelbüros sind künftig Führungspersonen und Mitarbeitenden mit besonderen Aufgaben vorbehalten.

Projektwettbewerb klärt bauliche Möglichkeiten

Der nun vorgesehene offene, einstufige Projektwettbewerb stellt eine weitere wichtige Projektetappe für den Ausbau des Areals Foribach dar. Der Wettbewerb soll aufzeigen, wie die optimierten Betriebsabläufe baulich umgesetzt werden können und die Realisierung etappiert werden kann. Er soll zudem klären, ob das bestehende Polizeigebäude saniert oder durch einen Neubau ersetzt werden soll.

Finanzieller Rahmen ermittelt

Die Gesamtkosten für das Projekt werden auf 60 bis 70 Millionen Franken geschätzt. Für die Durchführung des Wettbewerbs beantragt die Regierung dem Kantonsrat einen Objektkredit in der Höhe von Fr. 845 000.—. Der Kantonsrat wird den Antrag an seiner Sitzung vom 29. Januar 2025 beraten.

Kontakt für Rückfragen: Datum. 20. November 2025, von 09.00 bis 10.00 Uhr Regierungsrat Josef Hess, Vorsteher Bau- und Raumentwicklungsdepartement, Telefon 041 666 62 81